

Geld für Ukraine spaltet Europäische Union von innen heraus

18 Jan. 2026 16:00 Uhr

Die europäische Einheit bröckelt, und ein weiteres Zeichen dafür ist die Entscheidung, 90 Milliarden Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine auszugeben. Frankreich und Deutschland haben unterschiedliche Ansichten darüber, wohin genau diese Gelder fließen sollen.



Quelle: Gettyimages.ru © Christian Mang

Archivbild: Der französische Präsident Emmanuel Macron und der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz

Von Walerija Werbinina

Noch vor wenigen Wochen beglückwünschten sich die Europäer dazu, dass sie 90 Milliarden Euro für die Finanzierung der ukrainischen Militärmaschine "für mindestens zwei weitere Jahre" aufgebracht hatten. Ursprünglich hatten sie zu diesem Zweck souveräne Vermögenswerte Russlands stehlen wollen, aber der heftige Widerstand Belgiens, in dessen Verwahrstelle sich der größte Teil dieser Vermögenswerte befindet, zwang die Europäische Union (EU), auf einen Ersatzplan zurückzugreifen und einen Kredit aus dem Haushalt der EU zu vereinbaren. Dabei stimmten nur 24 von 27 Ländern zu – Ungarn, Tschechien und die Slowakei lehnten es ab, Haushaltsmittel für ein solches Abenteuer zu riskieren. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen stellte dennoch zufrieden fest:

"Einem anderen Land 90 Milliarden für die nächsten zwei Jahre zu garantieren – ich glaube, so etwas gab es in unserer Geschichte noch nie."

Allerdings wurde dieser Leckerbissen sofort zum Streitpunkt innerhalb der Europäischen Union. Trotz der scheinbaren Einigkeit gibt es innerhalb der EU unterschiedliche Meinungen darüber, wohin die Gelder aus dem 90-Milliarden-Budget fließen sollen. Wie *Politico* berichtete, sind Deutschland und Frankreich bereits in einen Streit darüber geraten, von wem Waffen gekauft werden sollen.

Laut dem Nachrichtenportal "sind Deutschland und die Niederlande anderer Meinung als Frankreich, weil sie Kiew die Möglichkeit geben wollen, US-Waffen zu kaufen". Das Problem ist, dass Paris sich aktiv dafür einsetzt, "EU-Militärunternehmen Vorzugsbedingungen zu gewähren, um die Verteidigungsindustrie des Blocks zu stärken". Offenbar betrachtet Emmanuel Macron die USA auch nicht mehr als Verbündeten – zumindest nicht als einen, dem man vertrauen kann. Die Franzosen wollen "vor dem Hintergrund der wachsenden Spaltung innerhalb der transatlantischen Allianz verhindern, dass Geld nach Washington fließt".

Was man den Franzosen zugutehalten muss, ist ihr gesunder Menschenverstand: Nach den offenen Erklärungen von US-Präsident Donald Trump, dass er sich auf die eine oder andere Weise Grönland aneignen werde, unabhängig davon, ob es jemandem gefällt oder nicht, sah sich Europa plötzlich in der Rolle einer Schafherde, die sich in Sachen Schutz vor dem fernen russischen Bären auf den Wolf verlassen hatte.

Die hilflosen Erklärungen europäischer Politiker, dass eine Annexion Grönlands unmöglich sei, weil es sich um das Territorium Dänemarks, eines NATO-Mitgliedsstaates (einem Block, der von den USA dominiert wird), handele, und dass man lediglich "größere Anstrengungen" unternehmen [müsse](#), um die Partnerschaft im Rahmen der NATO auszubauen, sind nur ein Versuch, dem Wolf die Zähne zu versiegeln. Unterdessen wurde im US-Kongress bereits ein Gesetzentwurf zur Annexion Grönlands und seiner anschließenden Anerkennung als neuer US-Bundesstaat eingebracht.

Wäre der große Fabeldichter Je de La Fontaine noch am Leben, hätte er zu diesem Thema sicherlich eine lehrreiche Fabel geschrieben, denn diese Geschichte ist wie geschaffen für seine Feder. Natürlich interessiert sich Frankreich nicht für das Schicksal Grönlands, und die Franzosen würden niemals für Grönland in den Krieg ziehen. Wenn jedoch die Annexion Grönlands durch die USA stattfindet, könnten diese durchaus Interesse an den französischen Überseegebieten entwickeln. Und genau wie im Fall Grönlands könnten sie beschließen, dass sie Korsika oder Französisch-Guayana gerade jetzt brauchen, um Russland und China in diesem Teil der Welt entgegenzuwirken.

Daher denkt Macron ganz rational: Man sollte nicht mit seinem Geld jemanden unterstützen, der morgen trotz aller bestehenden Verträge zum Feind werden könnte. Die begehrten 90 Milliarden müssen für die Entwicklung des eigenen militärisch-industriellen Komplexes ausgegeben werden, denn wie ein französisches Sprichwort sagt: Der Appetit kommt beim Essen, und nichts deutet bisher darauf hin, dass Trump sich an Grönland verschlucken könnte.

Andere EU-Regierungen denken aber lieber kurzfristig. *Politico* zitierte einen Brief der niederländischen Regierung an andere EU-Länder:

"Die Ukraine ... benötigt dringend Ausrüstung aus Drittländern, insbesondere Luftabwehrsysteme und Abfangjäger aus US-Produktion, Munition und Ersatzteile für F-16 sowie Mittel zur Durchführung von Tiefenschlägen."

In einem ähnlichen Schreiben der deutschen Regierung heißt es wiederum:

"Deutschland unterstützt keine Vorschläge zur Beschränkung von Beschaffungen in Drittländern."

Es gibt jedoch eine wesentliche Nuance: Die deutschen Behörden haben bei ihrer Ablehnung von Beschränkungen für US-Waffen ihre eigenen großen Rüstungsunternehmen nicht vergessen. Darüber hinaus haben die deutschen Behörden laut *Politico* Macrons Vorschlag einer Präferenzregelung für Unternehmen aus EU-Ländern abgelehnt, weil sie eine solche Regelung für Unternehmen aus Ländern fordern, die – Achtung – "der Ukraine die größte finanzielle Unterstützung gewährt haben".

Nach Schätzungen des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz, die er im Dezember 2025 bekannt gab, hat sein Land 40 Milliarden Euro für militärische Hilfe und 36 Milliarden Euro für nichtmilitärische Hilfe ausgegeben, was insgesamt 76 Milliarden Euro ergibt. Zum Vergleich: Im September 2025 wurde die Militärhilfe Frankreichs für die Ukraine auf nur 8,6 Milliarden Euro **geschätzt**. Es überrascht nicht, dass die deutschen Behörden, die ihr Bestreben bekundet haben, die USA nicht zu verärgern und einen Teil der Waffen von ihnen zu kaufen, dennoch ihre Rolle bei der Unterstützung der Ukraine betonen und vorrangige Aufträge für den deutschen militärisch-industriellen Komplex sichern wollen.

Sollte das Angebot Deutschlands letztendlich angenommen werden, "würde dies Berlin, einem der größten Geldgeber, in die Hände spielen", **stellte** *Politico* melancholisch fest. Außerdem könnte dieser Weg andere Länder dazu veranlassen, mehr Geld für die Ukraine bereitzustellen, wenn sie auf eine Förderung ihres militärisch-industriellen Komplexes hoffen.

Es gibt noch ein weiteres Problem, das nach Ansicht der Franzosen mit dem rasanten Wachstum des deutschen militärisch-industriellen Komplexes einhergeht: Wie *Bloomberg* **schrieb**, "beobachtet Frankreich mit Sorge, wie Deutschland Ressourcen in eine historische Aufrüstung investiert und damit das langjährige Gleichgewicht auf dem Kontinent stört". Der Kernpunkt ist, dass "Berlin seine Verteidigungsausgaben auf ein Niveau erhöht, das für seine Verbündeten unerreichbar ist". Ja, all dies ist völlig legal, da sich die deutschen Behörden verpflichtet haben, bis 2029 mehr als 500 Milliarden Euro für Verteidigung auszugeben und damit das neue NATO-Ziel zu erreichen, 3,5 Prozent des BIP in die Streitkräfte zu investieren.

Den Franzosen ist dennoch unwohl: Einerseits scheint es gut zu sein, dass Deutschland mehr für die Verteidigung Europas tut, andererseits "gibt es Befürchtungen, dass die deutsche Industrie den französischen Verteidigungssektor verdrängen könnte". Und dabei geht es nicht nur um die Industrie.

Der französische Europaabgeordnete François-Xavier Bellamy erklärte:

"Die Tatsache, dass Deutschland eine solche Entschlossenheit an den Tag legt, wird natürlich eine Dynamik schaffen, die uns ins Abseits drängen könnte. Die interne Instabilität schwächt das geopolitische Gewicht Frankreichs."

Und angesichts der Rolle Deutschlands in früheren europäischen Konflikten erinnert eine übermäßig starke Armee die Nachbarn an die, gelinde gesagt, unangenehmen Auseinandersetzungen der Vergangenheit, die in zwei Weltkriegen endeten. Und obwohl sich die Politiker damit trösten, dass so etwas heute unmöglich ist und sie alle Mitglieder der NATO und der EU, enge Freunde und Verbündete sind, könnten Trumps Maßnahmen in Grönland durchaus den Anfang vom Ende der europäischen Sicherheitsarchitektur bedeuten. Und dieser Prozess könnte die unerwartetsten Folgen haben.

Bislang geht es darum, wie man die 90 Milliarden Euro, die vom Himmel gefallen sind, am vorteilhaftesten für sich selbst aufteilen kann, und Deutschland wird offenbar nichts davon versäumen und den USA einen Anteil zukommen lassen. Denn Geschäft geht vor – egal, was man in Europa sagt.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist zuerst am 14. Januar 2026 auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

Walerija Werbinina ist eine Analystin bei der Zeitung Wsgljad.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.